Nummer 361

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 72. Jahrgang. Freitag, 6. August 1926

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten.

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Der deutsche Beamte. Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman | Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Verantwortl. Leiter Handelsteil: M. Gunk, Berlin. Polit. Teil: i. V. Dr. Richard Jäger, Berlin. Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Friedenau. Interessenteil: i. V. Direktor A. Lorenz, Berlin W 8. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten.

Fernsprecher: Für den Handel: Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales: Zentrum 243, für die Expedition: Zentrum 12352 und für die Druckerei: Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1926, für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 200 französische Francs, Belgien 175 belgische Francs, Schweiz 40 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinar; für den Monat August 1926 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,— Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Offener Kampf gegen die Opposition in Rußland.

TU Leningrad, 5. August.

Im Zusammenhang mit der Verstärkung der Opposition innerhalb der kommunistischen Partei Rußlands sind hier von der G. P. U. in verschiedenen Teilen der Stadt Massenverhaftungen vorgenommen worden. Es sind ungefähr 300 Personen verhaftet worden.

Die deutschen sozialistischen Rußlandfahrer nehmen Parade ab!

Sie sind „aufgeregt und entzückt . . ."

OE. Moskau, 4. August.

Die Sowjetregierung ist natürlich bemüht, die zum Besuch eingetroffene deutsche Arbeiterdelegation in jeder Weise zu feiern und ihr dieselben Eindrücke zu geben, an deren Verbreitung im Auslande der Sowjetpolizei am meisten gelegen ist. Bezeichnend dafür ist die Gestaltung des Besuches der deutschen Delegierten im Sommerlager der Roten Armee bei Leningrad, über den die „Pravda" berichtet: Die Parade der Roten Truppen hätte auf die deutschen Besucher einen außerordentlich starken Eindruck gemacht. Hier hätten sie die wahre Diktatur des Proletariats als Erlebnis empfunden. Sie, in ihrer Heimat Arbeiter und kleine Angestellte ohne jede Bedeutung, hätten an diesem Tage mit den Kommandeuren der Roten Armee als Ehrengäste die Front abgeschritten, sie hätten eine Parade abgenommen. Es sei bezeichnisch, daß innere Aufregung und Entzücken sich widergespiegelt hätten, denn alle diese Ehrungen seien ihnen als Vertretern derjenigen Klasse zuteil geworden, die in ihrem eigenen Lande niemals etwas Aehnliches erlebe! Dies verdanken sie den Bolschewiken. Es ist bezeichnend, daß die „Pravda" schon jetzt mit besonderer Betonung darauf hinweist, daß den ausländischen Gästen keine „Potemkinschen Dörfer" vorgeführt würden, sondern lebensvolle Bilder, die mit revolutionärer Begeisterung erfüllen.

Neue Tumulte in Berlin.

Auch gestern ist es in Berlin wieder zu Ausschreitungen gekommen, bei denen Beamte der Schutzpolizei den verhetzten Massen der Arbeitslosen gegenüber in eine schwierige Lage gerieten und teilweise erheblich verletzt wurden. Wie schon kürzlich, als der Hauptmann von Plüskow mißhandelt wurde, so war auch gestern wieder die Gormannstraße, vor dem Arbeitsnachweis, der Schauplatz wilder Szenen. Kommunistische Agitatoren hetzen dort Tag für Tag. Ein neuer beklagenswerter Grund zur Wiederholung unserer gestrigen Forderung: Mit mehr Energie als bisher gegen die kommunistischen, im Moskauer Solde arbeitenden Drahtzieher und Hetzer vorgehen, damit Berlin wieder aufatmen und das Leben der Polizeibeamten wieder gesichert ist! Solange diesen Hetzern und Drahtziehern sich allerdings ideell die Genossenschaft der Potemkinfreunde (einschließlich der demokratischen) verbündet, ist an Besserung der Zustände kaum zu denken.

Die Ausschreitungen in der Gormannstraße.

Zwei Polizeibeamte erheblich verletzt.

B. S. Die neuen Ausschreitungen vor dem Arbeitsnachweis in der Gormannstraße, die sich gestern mittag gegen 1½12 Uhr ereigneten und die Polizei, die von den Arbeitslosen heftig angegriffen wurde, zum Einschreiten zwang, dauerten bis in die Nachmittagsstunden an. Immer wieder rotteten sich die Arbeitslosen zusammen und mußten von einem starken Polizeiaufgebot auseinandergetrieben werden. Der Polizei gelang es erst gegen 4 Uhr, die vollständige Ruhe wieder herzustellen, jedoch blieben starke Polizeipatrouillen in der Gormannstraße, um etwaige neue Ansammlungen und Zwischenfälle sofort im Keime zu ersticken. Ueber den Anlaß und den Verlauf der Zusammenstöße erfahren wir noch folgende Einzelheiten:

Als sich am gestrigen Mittag vor dem Arbeitsnachweis in der Gormannstraße eine starke Ansammlung der Erwerbslosen bildete, forderten die dort ständig postierten Polizeibeamten die Menge zum Weitergehen auf. Dieser Anordnung wurde jedoch nicht Folge geleistet, und als die Beamten zwei Arbeitslose, die sich besonders renitent zeigten und die Wachtmeister sofort beschimpften, zwecks Feststellung ihrer Personalien festnehmen wollten, wurden sie sofort von der Menge angegriffen. Die Erwerbslosen schlugen auf die Polizeibeamten ein, so daß sie blutende Verletzungen am Kopf und im Gesicht davontrugen, und

warfen sie schließlich zu Boden.

Das Ueberfallkommando mußte alarmiert werden, da sich im Nu eine etwa tausendköpfige Menschenmenge angesammelt hatte, um die beiden Beamten, einen Oberwachtmeister Meyer und einen Unterwachtmeister Krüger, der von einem seiner Angreifer in den rechten Zeigefinger gebissen wurde, zu befreien. Auch von der in der Nähe gelegenen Schupokaserne mußte Verstärkung herangeholt werden, der es schließlich nach energischem Eingreifen mit Gummiknüppeln und Kolbenschlägen gelang, die Menge, die sich immer wieder zusammenrottete, auseinanderzutreiben. Erst in den Nachmittagsstunden konnte die Ruhe wieder vollständig hergestellt werden. Ein größeres Aufgebot von Schutzpolizei blieb jedoch auf alle Fälle in der gefährdeten Gegend. Die beiden Rädelsführer, deren Verhaftung durch das Eingreifen der Verstärkung ermöglicht wurde, wurden der Abteilung IA des Polizeipräsidiums zugeführt.

Zur Lösung der Ratsfrage.

Bisher keine Einladung Deutschlands zur Teilnahme an der Studienkommission.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, liegt eine Einladung an Deutschland zur Teilnahme an der Studienkommission zur Prüfung der Ratsfragen, die nach ausländischen Mitteilungen noch Ende August vor der Ratstagung zusammentreten soll, in Berlin nicht vor. Sollte sie jedoch erfolgen, so ist anzunehmen, daß Deutschland in gleicher Weise wie im Mai zu den Beratungen der Kommission Vertreter entsendet, und zwar wiederum den deutschen Botschafter v. Hoesch und den Ministerialdirektor Gaus.

Die neuen Finanzgesetzentwürfe Poincarés vor der Kammer.

Annahme des Gesetzes zur Schaffung einer Amortisationskasse.

Paris, 5. August.

Die Kammer hat mit 420 gegen 140 Stimmen den Gesetzentwurf über die Schaffung einer Amortisationskasse angenommen.

Ueber den Verlauf der Sitzung erhalten wir folgende Meldung:

TU Paris, 5. August.

Die Kammer trat heute nachmittag um 3 Uhr zusammen, nachdem sie heute vormittag in einer anderthalbstündigen Sitzung mit 400 gegen 41 Stimmen der Bank von Algier die Ermächtigung erteilt hatte, ihre Emissionsgrenze von 75 auf 100 Millionen Franken zu erhöhen. In der heutigen Nachmittagssitzung waren auf der Ministerbank Ministerpräsident Poincaré und die Minister Briand, Tardieu, Herriot und Albert Sarraut anwesend. Gleich zu Beginn der Sitzung hat der Ministerpräsident die Kammer, die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe über die Schaffung der Amortisationskasse und über die Devisen-Konzession an die Bank von Frankreich mit größter Beschleunigung durchzuberaten. Der Kammerpräsident eröffnete sofort die Diskussion über die beiden Gesetzesprojekte.

Als erster Redner erstattete der Berichterstatter der Finanzkommission, Capodelaine, den Bericht über die Arbeiten der Finanzkommission. Er wies darauf hin, daß die zu schaffende Amortisationskasse die fälligen 2700 Millionen Franken Zinsen der Bons der Nationalen Verteidigung mit den Einnahmen des Tabakmonopols bezahlen würde, die sich auf der gleichen Höhe hielten und die nach dem Gesetzesprojekte der Amortisationskasse zur Verfügung stünden. Ferner sei in dem Entwurf eine zeitweilige Konsolidierung der Bons des Schatzamtes vorgesehen. Die Finanzkommission der Kammer habe den Wunsch geäußert, daß die Amortisationskasse nicht nur mit der Tilgung der schwebenden Schulden, sondern der gesamten öffentlichen Schuld beauftragt werde. Die Tilgung durch die Amortisationskasse werde zunächst mit einem Betrage von 3,5 Milliarden jährlich beginnen. Eine sofortige Inangriffnahme der Tilgung der schwebenden Schuld würde dem gesamten Lande das verlorene gegangene Vertrauen wiedergeben.

Nachdem sodann einige Redner verschiedener Gruppen im Prinzip sich mit dem Regierungsentwurf einverstanden erklärt hatten, an verschiedenen Einzelheiten des Regierungsentwurfes jedoch Kritik übten, wandte sich das Interesse des Hauses den Ausführungen zu, die der frühere Präsident der Reparationskommission Dubois im Namen der demokratisch-republikanischen Vereinigung zu dem Regierungsentwurf machte. Auch er erklärte sich im Prinzip mit der Gesetzesvorlage einverstanden, bedauerte jedoch lebhaft, daß an der Spitze sowohl des Finanz- als auch des technischen Komitees der Amortisationskasse Politiker stünden. Er befürchte, daß hieraus wesentliche Schwierigkeiten entstehen würden, die eine ungünstige Rückwirkung auf die Arbeiten der Kasse haben könnten. Ferner bemängelte er, daß in dem Entwurf eine deutliche Trennung der Kompetenzen fehle. Er zweifele aber nicht, daß der Ministerpräsident die Bedenken seiner Freunde zerstreuen würde.

Nach ihm ergriff Ministerpräsident Poincaré das Wort. Er wies darauf hin, daß es zweifellos wünschenswerter gewesen wäre, ein Amortisationskasse für die Tilgung der gesamten öffentlichen Schulden zu schaffen, jedoch dränge die gegenwärtige Finanzlage des Staates zu einer sofortigen Tilgung derjenigen Schulden, die in erster Linie Gefahr in sich trügen. Die Amortisationskasse werde nur wirksam arbeiten können, wenn sie weitgehende finanzielle Autonomie erhalte. Aus diesem Grunde werde auch die Regierung in der Kammer den Antrag stellen, der Amortisationskasse einen konstitutionellen Charakter zu verleihen.

Der Kommunist Garchery erklärte darauf, daß das neue Projekt die Gefahr der schwebenden Schuld nicht beseitige. Die neue Anleihe und die Inflation seien dasselbe. Es sei gleich, ob die Linke oder die Rechte am Ruder sei.

Die allgemeine Diskussion wurde darauf geschlossen und die Kammer geht zur Beratung der einzelnen Artikel über. Der Sozialist Beduce geht auf ein Gegenprojekt zur Verwertung des Tabakmonopols ein. Poincaré erklärte dazu, daß er verschiedene Anregungen aus dem Plan Beduce entnommen habe, aber weiter könne er nicht darin gehen. Ueber die Ablehnung des sozialistischen Gegenentwurfs stellte Poincaré die Vertrauensfrage. Das Projekt Beduce wurde bei der Abstimmung mit 530 gegen 172 Stimmen abgelehnt. Der Abg. Bonde brachte darauf erneut das Gegenprojekt zur Schaffung der Amortisationskasse, wonach die Amortisationskasse von der Verwaltung des Tabakmonopols zu trennen sei, ein. Eine neue Tabakgesellschaft soll ermächtigt werden, 34 Milliarden neue Obligationen auszugeben.

Schließlich nahm die Kammer das Gesetz zur Schaffung der Amortisationskasse mit den oben bezeichneten Stimmen an.

Beabsichtigte Einschränkung der Befugnisse des französischen Senats.

Paris, 5. August.

Die sozialistische Kammerfraktion hat beschlossen, im Verlaufe der Beratungen der Nationalversammlung einen Antrag auf Abänderung des Verfassungsgesetzes vom 24. Februar 1875 im Sinne einer Einschränkung der Befugnisse des Senats einzubringen. Hiernach soll eine von der Kammer verabschiedete Vorlage, die nicht innerhalb dreier Monate vom Senat angenommen oder zur neuen Prüfung an die Kammer zurückverwiesen wurde, auf Vorschlag der Kammer und der Regierung vom Präsidenten der Republik verkündet werden können. Für die beschleunigte Verfahrensart soll diese Frist noch weiter verkürzt werden. Ferner soll eine Vorlage, die vom Senat zweimal an die Kammer zurückverwiesen wurde, in der Form, die sie bei der dritten Beratung in der Kammer erhält, ohne nochmalige Befragung des Senats verkündet werden können.

Unterzeichnung des deutsch-französischen Handelsprovisoriums.

Paris, 5. August.

Zwischen dem deutschen Botschafter von Hoesch und Ministerialdirektor Posse einerseits und dem französischen Außenminister Briand und Handelsminister Bokanowski andererseits sind heute nachmittag im französischen Außenministerium zwei Verträge unterzeichnet worden. Der eine dieser Verträge ist ein auf die Dauer von sechs Monaten abgeschlossenes vorläufiges Handelsabkommen, der andere eine Teilvereinbarung über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saargebiet. Durch den ersten Vertrag wird der Warenverkehr zwischen Deutschland und Frankreich für eine bestimmte Anzahl die Ausfuhr beider Länder interessierende Waren geregelt. Außerdem enthält dieser Vertrag Klauseln über das Statut der Personen und Gesellschaften. In den Teilvertrag über die Saar sind eine Anzahl der in dem vor einem Jahr abgeschlossenen, aber nicht in Kraft getretenen Saarabkommen geregelten Fragen des Warenverkehrs zwischen Deutschland und dem Saargebiet, die teilweise in einem besonderen Zusammenhang mit der für die entsprechenden Warengruppen im Handelsabkommen getroffenen Regelung stehen, übernommen worden.

Der Luftverkehr.

Von

Fritz Krüger.

Geheimer Regierungsrat.

Was Jules Verne in seinem Roman „Robur der Sieger" vorausgeahnt hat, ist eingetroffen. Nicht die Luftschiffe, auf die man früher seine Hoffnungen setzte, nein die Flugzeuge haben die Vorherrschaft gewonnen. Und wenn wir heute überraschend schnell zu einem Luftverkehr gekommen sind, der nicht mehr nur Länder, sondern schon Kontinente überspannt, dann haben wir dies dem Sieg des Prinzips: „Schwerer als die Luft" zu verdanken.

Wenn man bedenkt, daß noch um die Wende des Jahrhunderts das Flugwesen völlig in den Kinderschuhen steckte und im Jahre 1910 beim Deutschlandrundflug ein Flugzeug nach dem anderen auf der Strecke blieb, und wenn man heute von Dauerflügen über Tausende von Kilometern liest, die die Piloten über ganze Erdteile hinwegführen, dann kommt es einem erst zum Bewußtsein, wie fabelhaft sich die Technik entwickelt hat und wie außerordentlich wir auch fliegerisch vorangekommen sind. Denn darauf möchte ich hinweisen, daß die meisten Flugzeugunfälle nicht durch Fehler im Material, sondern in der Führung hervorgerufen werden. Ich habe vor einiger Zeit in der „Berliner Börsen-Zeitung" es ausgesprochen, daß die Zukunft unseres Luftverkehrs von zwei Faktoren, der Sicherheit und der Rentabilität, abhängt. Wir werden aber nur dann zur Rentabilität kommen, wenn wir dem Flugverkehr die größtmögliche Sicherheit zu verleihen trachten und ihm dadurch in der Masse aller Reflektanten das Vertrauen schaffen, das er zum Anwachsen seiner Inanspruchnahme und damit zur Vermehrung seiner Einnahmen bedarf.

Die Sicherheit des Verkehrs ist aber in den letzten Jahren ganz außerordentlich gewachsen, und sie wird weiter wachsen in dem Maße, wie wir zum Bau immer größerer Flugzeuge mit mehreren Motoren übergehen, die beim Versagen eines oder zweier Motoren noch ein Weiterfliegen mit den übrigen und ein glattes Landen gestatten. Dazu kommt, daß ganz Deutschland mit meteorologischen Stationen überzogen ist, deren Beobachtungen für den Luftverkehr nicht nur vor Antritt einer Reise, sondern auch beim Landen ausgenutzt werden, da die Piloten auf den großen Linien durch Funk- und Fernsprechapparate sich jederzeit über die Witterungsverhältnisse auf der Strecke und auf den Landeplätzen orientieren können. Dazu kommen ferner Hilfsmittel der Technik, die ein Ueberziehen des Höhensteuers automatisch verhindern und den Flieger in den Kurven vor einem zu starken Neigungswinkel warnen, und es kommt schließlich die Erfahrung des alten Piloten hinzu, der eine langjährige Tätigkeit als Flugzeugführer hinter sich haben muß, ehe man ihm ein Verkehrsflugzeug anvertraut, und der körperlich und geistig den höchsten Anforderungen genügen muß. Ich kann aus meiner Erfahrung nur bestätigen, daß unser führendes Luftverkehrsunternehmen, „Die Lufthansa", von ihren Piloten außerordentlich viel verlangt und daß sie bestrebt ist, nur völlig zuverlässige Flugzeugführer im Flugdienst zu verwenden. Für diese Sorgfalt dürfte ja auch die Statistik der Unfälle der beste Beweis sein, denn während im Jahre 1924 auf je 527 831 Flugkilometer ein tödlich verunglückter Fluggast kam, betrug die entsprechende Zahl im Jahre 1925: 1 237 140 Flugkilometer. Und in diesem Jahre ist bis auf das bedauernswerte Unglück in Irsift, das auf einen Gewittersturm zurückzuführen ist, noch nichts nennenswertes in der deutschen Verkehrsfliegerei vorgekommen.

Interessant ist es, noch einen Blick auf die Entwicklung des deutschen Luftverkehrs zu werfen. Im Jahre 1924 wurden auf zwölf Strecken von 7146 Kilometer Gesamtlänge 4198 Flüge mit einer Regelmäßigkeit von 83,4 Prozent ausgeführt. Die Gesamtflugstrecke betrug 1 588 492 Kilometer. Im Jahre 1925 wurde das Streckennetz bedeutend ausgebaut, es belief sich auf 56 Strecken mit einer Gesamtlänge von 23 000 Kilometer, auf denen mit einer Regelmäßigkeit von 89,7 Prozent geflogen wurde. Die Gesamtflugstrecke stieg auf 4 948 761 Kilometer. Die Raumausnutzung durch Fluggäste auf den einzelnen Strecken schwankte zwischen rund 25 und 81 Prozent und betrug im Durchschnitt rund 52 Prozent.

Auch in diesem Jahre hat sich der Flugverkehr trotz des ungünstigen Wetters in noch größerer Regelmäßigkeit als im Vorjahre abgewickelt, und die Lufthansa hat damit den Beweis ihrer Leistungsfähigkeit geliefert. Sie wird auch weiterhin durch Beibehaltung eines starken Winterverkehrs und voraussichtlich auch durch Einstellung größerer und leistungsfähigerer Maschinen an der Entwicklung des Luftverkehrswesens mit allen Kräften arbeiten, und es liegt m. E. nur an der Teilnahme des Publikums und der Ge-